

Substanzielles Protokoll 77. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Donnerstag, 14. Dezember 2023, 21.00 Uhr bis 23.47 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsidentin Sofia Karakostas (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Matthias Wettach

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Yves Peier (SVP), 1 Sitz vakant

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|----------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 5. | 2023/430 | Weisung vom 13.09.2023:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2024 (Detailbudgets und
Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2024 | STR |
| 8. | 2023/550 | E Postulat der AL-Fraktion vom 29.11.2023:
Vergabe einer wissenschaftlichen Studie zur Einführung und
zu den Auswirkungen des städtischen Mindestlohns an eine
Forschungsinstitution | VS |
| 9. | 2023/552 | A Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Anna-Béatrice
Schmaltz (Grüne) vom 29.11.2023:
Unterstützung der Kinder mit Autismus-Spektrum-Störung,
die ohne Sonderschulstatus in einer Regelklasse unterrichtet
werden | VSS |
| 12. | 2023/567 | E Postulat der SP-Fraktion vom 06.12.2023:
Wiedereinführung des abendlichen 10-Minuten-Takts auf den
VBZ-Linien und Prüfung von Massnahmen zur Verbesserung
der Arbeitsbedingungen | VIB |
| 14. | 2023/569 | A Postulat von Luca Maggi (Grüne) und Anjushka Früh (SP)
vom 06.12.2023:
Umgestaltung des Sozialinspektorats hinsichtlich eines
Verzichts auf verdeckte Observationen und Senkung der
Fallzahlen der Fachkräfte der Sozialen Arbeit | VS |

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

2626. 2023/430

**Weisung vom 13.09.2023:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2024 (Detailbudgets und Globalbudgets),
Kapitalaufnahmen 2024**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 76, Beschluss-Nr. 2626/2023).

Beschlüsse:

Antrag 072.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Flurin Capaul (FDP): Es um das Projekt «worksmart@zürich», das uns zu wenig schnell vorwärts geht. Die Idee ist, dass es weniger Arbeitsplätze als Angestellte gibt, weil nie alle im Büro sind. Man beginnt mit einer Arbeitsplatzquote von 0,9 Arbeitsplätzen pro Vollzeitstelle, das ist höher als beim Bund. Jetzt sehen wir im Stellenplan, dass drei neue Stellen für das Projekt beantragt werden, unter anderem für Beratung, Projektdefinition, Projektleitung, Ausstattung und Umzug. Co-Working ist heute normal. Als ich das erste Mal in einen Co-Working-Space kam, hiess es: Hier ist das Wi-Fi-Passwort, dort die Kaffee-Maschine, such dir einen Platz, viel Spass. Wir verstehen nicht, wieso es so viele zusätzliche Ressourcen braucht, eine Stelle mehr würde genügen.

Dr. Florian Blättler (SP): Dass ich kein Freund von Co-Working-Spaces bin, ist kein Geheimnis. Wir setzen es aber in der Stadt um und dahinter stehe ich. Ich will, dass sie Umsetzung ein Erfolg wird und dass es eine kleine Chance gibt, dass am Ende etwas Positives für die Stadt rauskommt und vielleicht Geld gespart werden kann, auch wenn ich nicht daran glaube. Wenn wir diese Chance wahrnehmen wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass die Einführung so reibungslos wie möglich für alle ablaufen wird.

S. 332	40 4040 3010 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
072.	Antrag Stadtrat				40 667 500	Mehrheit
						Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
			300 000		40 367 500	Minderheit
		Begründung:	Im Stellenplan werden 3 neue Stellen für das Worksmart-Projekt beantragt. Co-Working ist seit Jahren Standard in vielen Firmen und städtischen Teams. Die Effizienzsteigerung des neuen Arbeitsmodells soll nicht mit der Neuanstellung von Beratungsstellen zunichte gemacht werden. Es braucht nicht 3 neue Stellen für die Beratung. Eine neue Stelle genügt.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 073.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Markus Haselbach (Die Mitte): Es geht um das ehemalige Meteo-Schweiz-Gebäude an der Krähbühlstrasse 58. Nach dem Rückzug der Weisung GR Nr. 2023/119 vor wenigen Wochen entfällt in diesem Konto die Miete für die temporäre Schulanlage. In der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellten wir die Frage, welche Auswirkungen das haben wird: Immobilien Stadt Zürich (IMMO) analysiere zusammen mit dem Schulamt und der Kreisschulbehörde das weitere Vorgehen und Alternativen. Erst nach Abschluss der Analyse könnten die nächsten Schritte festgelegt werden. Wir schliessen daraus, dass die Kosten im Jahr 2024 noch nicht anfallen und beantragen, diese zu streichen.

Sven Sobernheim (GLP): Wir müssen etwas mit diesem Haus machen. Leer stehen lassen ist keine Lösung. Gewisse in diesem Rat fänden es wahrscheinlich gut, wenn das Haus besetzt wird; die Minderheit wohl nicht.

S. 334	40 4040 3160 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Miete und Pacht Liegenschaften				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
073.	Antrag Stadtrat				40 767 000	Mehrheit
						Sven Sobernheim (GLP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)

500 000

40 267 000 Minderheit

Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)

Begründung: Nach Rückzug der Weisung GR Nr. 2023/119 entfällt die geplante Anmiete Krähbühlstrasse (temporäre Schulanlage)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE

Gemeinsame Behandlung der Anträge 074. bis 076. (Postulat GR Nr. 2023/567).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP) begründet die Anträge der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2600/2023): Die Verkehrsbetriebe (VBZ) haben bekannt gegeben, dass sie wegen der Personalnot abends vom 10-Minuten-Takt auf den 15-Minuten-Takt wechseln. Es fehle an Personal, um den 10-Minuten-Takt aufrechterhalten zu können. Das ist ein deutlicher Abbau der Qualität des öffentlichen Verkehrs. In einer Zeit, in der der Klimaschutz im Vordergrund steht, ist es besonders verheerend, wenn man abends im Extremfall bei einmal Umsteigen eine halbe Stunde auf den Bus warten muss. Beim Stadtrat haben wir mit diversen Fragen, die sehr gut beantwortet wurden, nachgehakt, wo das Problem liegt und wo man mit Lösungen ansetzen kann. Die Antworten ergaben, dass sich zu wenig gute Leute für die offenen Stellen bewerben. Auch haben wir eine relativ hohe Fluktuation. Um dieses Problem anzupacken, haben sich zwei Massnahmen herauskristallisiert: Einerseits schlugen die VBZ eine vergleichende Studie zu den Arbeitsbedingungen anderer Verkehrsbetriebe vor, damit diese Faktoren verbessert und die Fluktuationen reduziert werden können. Die andere Massnahme geht von der Antwort aus, dass es zwar genügend Bewerbungen, aber zu wenig ausreichende Bewerbungen gibt. Dafür beantragen wir eine Erhöhung bei der Personalwerbung. Wir sind überzeugt, dass so als kurzfristige Massnahme zusätzliches Personal gewonnen werden kann. Schliesslich soll der 10-Minuten-Takt wieder eingeführt werden können.

Markus Haselbach (Die Mitte): Am letzten Mittwoch erklärte uns STR Michael Baumer, dass die VBZ auf gutem Weg seien, die Personalsituation zu verbessern und dass die Zufriedenheit der Mitarbeiter mit neuen Arbeitsmodellen verbessert werden soll. Es wurden neue Ausbildungsplätze geschaffen, die Rekrutierung wurde verstärkt. Die Massnahmen zeigen Erfolg, alle Klassen sind voll besetzt. Bis zum Jahr 2026 soll ein Fahrsimulator angeschafft werden, der die Ausbildung weiter verbessert. Die VBZ sind auf gutem Weg, in absehbarer Zeit wieder genügend Personal zu haben und das Angebot wieder ausweiten zu können. Darum braucht es die zusätzlich beantragten Mittel nicht.

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Kirstein (AL): Die Wiedereinführung des 10-Minuten-Takts in den Abendstunden ist wünschenswert, kann aber mit der Erhöhung des Werbebudgets nicht erreicht werden. Deshalb sind wir nicht einverstanden. Die VBZ haben umfassend dargestellt,

welche Massnahmen wirksam sind und dafür ist das Geld vorhanden. Es fehlt an anderem, beispielsweise an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Das beinhaltet ein langjähriges gewerkschaftliches Grundanliegen, das in früheren Jahren zu Arbeitskämpfen zwischen den VBZ-Mitarbeiterinnen und ihrem Management geführt hat. Wir sind noch nicht dort, wo wir gewerkschaftlich sein wollen, weshalb die AL diese Bestrebungen unterstützt und unverbrüchlich auf der Seite der Gewerkschaften steht. Ob daraus eine unmittelbare Wirkung auf den 10-Minuten-Takt resultiert, wage ich zu bezweifeln.

Anna-Beatrice Schmaltz (Grüne): Der öffentliche Verkehr in Zürich ist für die klimagerechte Fortbewegung und Erreichung der Netto-Null-Ziele extrem wichtig. Es braucht ein attraktives und gut ausgebautes ÖV-Angebot – auch abends. Uns ist klar, dass es nicht einfach ist, genügend Personal zu finden und auch, dass es bereits Bestrebungen gibt. Zusätzliche Gelder zur Rekrutierung neuer Mitarbeitenden im Budget einzustellen, finden wir nicht zielführend. Eine Studie zu den Schichtplänen und vor allem zu den Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalten sowie die Umsetzung der Erkenntnisse aus dieser Studie finden wir hingegen sehr sinnvoll. Das Personal, das für die Stadt wichtige Arbeit leistet, soll selbstverständlich gute Arbeitsbedingungen haben.

Johann Widmer (SVP): Die SVP stimmt Nein beim Postulat, weil wir finden, dass die Arbeitsbedingungen der Tram- und Buschauffeure durch die Velofahrer verschlechtert werden. Diese rasen den Chauffeuren dauernd vor der Nase durch, wodurch sie den ganzen Tag Stress in ihren Fahrzeugkanzeln haben. Ihr müsst euch darum nicht wundern, dass ihr keine Angestellten für die VBZ mehr findet.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Ich habe grosses Verständnis für die Voten. Aus meiner Sicht ist der öffentliche Verkehr zentral: einerseits für die Klimaziele, andererseits weil die Stadt weiterhin wachsen wird. Wenn wir die Mobilität auch in Zukunft gut prästieren wollen, dann ist der öffentliche Verkehr das zentrale Mittel. Deshalb muss er ausgebaut und sicher nicht abgebaut werden. Vor diesem Hintergrund war die Angebotsreduktion für mich sehr schmerzhaft und wir können damit nicht zufrieden sein. Eine der Ursachen ist, dass wir nach der Corona-Zeit eine stärkere Reduktion der Absenzen erwartet hatten. Die Zahl der Absenzen ist aber immer noch hoch. Wenn mehr Personal fehlt, brauchen wir auch mehr Personal. Das gilt auch für andere Unternehmen und Dienstabteilungen. Beim Tram und Bus merkt man es aber direkt, wenn jemand fehlt. Wir haben also zwei Themen zu lösen. Das eine ist unmittelbar: Was machen wir, wenn wir zu wenige Ressourcen haben, wenn die Kurse morgens losfahren. Das zweite Thema ist, wie wir das Personal wieder gewinnen können. Beim ersten Thema setzten wir im vergangenen Fahrplanjahr darauf, dass das mit einzelnen Kursausfällen gelöst werden kann. Das verursachte intern einen sehr grossen Aufwand. Alle drei Wochen mussten die Pläne bis zu uns herauf neu diskutiert werden, was die VBZ belastete. Darum haben wir uns für dieses Fahrplanjahr entschieden, abends den Fahrplan auszudehnen, damit die Kursausfälle tagsüber nicht mehr stattfinden. Das ist auch für die Passagiere eine bessere Lösung, weil sie planen können. Es ist klar, dass das keine gute Lösung ist, weshalb wir mehr Personal anstellen müssen. Wir haben der Rechnungsprüfungskommission (RPK) die 27 eingeleiteten Massnahmen präsentiert. Wir müssen mehr Leute ausbilden, darum haben wir die Klassengrösse von sechs auf zehn Teilnehmer ausgedehnt. Das braucht etwas Vorlaufzeit. Wir streben attraktivere Arbeitsbedingungen an, insbesondere die Schichtmodelle. Es gibt weitere Themen, wie das Gesundheitsmanagement. Wir nehmen das Postulat gerne entgegen, weil wir genau das planen: den 10-Minuten-Takt so schnell wie möglich wieder einzuführen. Die Postulatsbegründung hat Korrekturbedarf. Erstens verliert die Stadtkasse kein Geld. Zwar erhalten wir weniger Leistungsentgelt,

das brauchen wir aber auch nicht, wenn wir nicht fahren. Zweitens haben wir das gewünschte Schichtmodell überarbeitet. Das führte uns dazu, eine Studie vorzuschlagen, mit der wir einen Vergleich mit anderen Schweizer Städten erhalten, was eine Gesamtübersicht ermöglicht. Vielleicht gibt es gute Ideen, wie unser Modell verbessert werden kann. Der dritte Punkt ist die Personalwerbung. Die Klassen sind voll, insofern haben wir nicht zu wenige Möglichkeiten für Werbung. Mit der Studie werden wir versuchen, unser Verbesserungspotenzial umzusetzen. Innerhalb eines Jahres wird das jedoch schwierig, wenn man den Planungshorizont des Fahrplans berücksichtigt. Ich bin zuversichtlich, dass die VBZ die richtigen Massnahmen getroffen haben, um das Problem lösen zu können. Wir haben alle das gleiche Ziel: Der öffentliche Verkehr soll ausgebaut werden. Ich bin dafür auf Sie angewiesen, wenn es darum geht, beispielsweise eigene Trassees bereitzustellen oder Mittel für den Ausbau im Rahmen der Netzentwicklungsstrategie 2040 im neuen Jahr zu erhalten.

S. 359	45	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE				
	4500	Departement der Industriellen Betriebe Departementssekretariat				
	3132 00 000	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
074.	Antrag Stadtrat			1 110 000	Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
			100 000	1 210 000	Mehrheit	Präsidium Florian Utz (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
					Enthaltung	Vizepräsidium Felix Moser (Grüne)
		Begründung:	Raschestmögliche Wiedereinführung des abendlichen 10-Minuten-Takts bei den VBZ; zu diesem Zweck soll die von den VBZ vorgeschlagene Studie zu Schichtplänen sowie Arbeitsbedingungen und -inhalten durchgeführt und deren Empfehlungen umgesetzt werden (Kosten je Fr. 50 000).			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 075.

Wortmeldungen siehe Antrag 074.

S. 370	45	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE				
	4540	Verkehrsbetriebe				
	3091 00 000	Personalwerbung				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
075.	Antrag Stadtrat			583 400	Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Johann Widmer (SVP)
			200 000	783 400	Mehrheit	Präsidium Florian Utz (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
					Enthaltung	Vizepräsidium Felix Moser (Grüne)
		Begründung:	Raschestmögliche Wiedereinführung des abendlichen 10-Minuten-Takts bei den VBZ; zu diesem Zweck sollen die Anstrengungen für die Rekrutierung von neuen Mitarbeitenden intensiviert werden.			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 71 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

2649. 2023/567

Postulat der SP-Fraktion vom 06.12.2023:

Wiedereinführung des abendlichen 10-Minuten-Takts auf den VBZ-Linien und Prüfung von Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 076a. [Eventualantrag bei Zustimmung zu Antrag 060.]

Sven Sobernheim (GLP) stellt namens der GLP-Fraktion folgenden Antrag zum Budget: Wenn die zuvor beschlossenen Ladestationen durch das Elektrizitätswerk (ewz) realisiert werden sollen, braucht es diesen Antrag, damit das ewz Geld für die Umsetzung bei den Taxiabstellplätzen an der Schulstrasse hat.

S. 367	45 4530 502940 5030 00 000	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Elektrizitätswerk der Stadt Zürich Übrige Anlagen Übrige Tiefbauten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Antrag von
076a.	Antrag Stadtrat				58 823 100	
				250 000	59 073 100	Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung:	Das TAZ soll gemäss Beschluss zu Antrag Nr. 60 die Taxiabstellplätze der Schulstrasse elektrifizieren lassen. Wenn dies durch das ewz erfolgen soll, dann benötigt es diesen Antrag, um die Kosten einzustellen.			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag von Sven Sobernheim (GLP):

Der Rat stimmt dem Antrag von Sven Sobernheim (GLP) mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 076b. [Eventualantrag bei Zustimmung zu Antrag 061.]

Sven Sobernheim (GLP) stellt namens der GLP-Fraktion folgenden Antrag zum Budget: Ebenfalls eine Mehrheit fand die Elektrifizierung der weissen Parkplätze an der Mainaustrasse, wofür wir 500 000 Franken für den Bau der Ladestationen beantragen.

S. 367	45 4530 502940 5030 00 000	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Elektrizitätswerk der Stadt Zürich Übrige Anlagen Übrige Tiefbauten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Antrag von
076b.	Antrag Stadtrat				58 823 100	
				500 000	59 323 100	Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung:	Das TAZ soll gemäss Beschluss zu Antrag Nr. 61 die weissen Parkplätze der Mainaustrasse elektrifizieren lassen. Wenn dies durch das ewz erfolgen soll, dann benötigt es diesen Antrag, um die Kosten einzustellen.			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag von Sven Sobernheim (GLP):

Der Rat stimmt dem Antrag von Sven Sobernheim (GLP) mit 75 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT

Gemeinsame Behandlung der Anträge 077. und 078. (Postulat GR Nr. 2023/552).

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet den Antrag der Minderheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2571/2023): *Bildung ist enorm wichtig. Das ist unsere Ressource und eine gute Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Wir sollten uns Zeit nehmen, um in Ruhe darüber zu sprechen. Ein Hilferuf von Eltern und Lehrpersonen hat uns erreicht. Kinder mit einer Autismus-Spektrum-Störung (ASS), insbesondere mit dem Asperger-Syndrom, werden an der Volksschule im Stich gelassen. Es geht um Kinder mit ASS in Regelklassen, die normal oder hoch begabt sind und keinen Sonderschulstatus haben. In der Stadt sind das ungefähr 215 Kinder. Diese Zahl impliziert, dass praktisch alle Schulen in Zürich betroffen sind. Die Kinder haben eine veränderte soziale Wahrnehmung und Gefühlserkennung. In der Schule haben sie unterschiedlichen Unterstützungsbedarf. Für die einen genügt das Angebot der Integrativen Förderung (IF), für die anderen reichen die wenigen IF-Lektionen, die einer Klasse zugeteilt sind, bei weitem nicht. Die Lehrpersonen können in ihren Klassen mit gut zwanzig Schülerinnen und Schülern nicht die nötige Unterstützung geben. Unter dieser Situation leiden alle beteiligten Kinder, Lehrpersonen und Eltern. Der Stadtrat sagt, dass die Unterstützung der Kinder mit ASS gewährleistet sei. Ist das tatsächlich so? Es gab in den letzten Jahren Verbesserungen. Die Anzahl der Stellen für Klassenassistenzen wurde erhöht; Schulen und Lehrpersonen, die mit Kindern mit ASS zu tun haben, werden neu von der Heilpädagogische Schule der Stadt Zürich (HPS) unterstützt; Fachpersonen der HPS führen Weiterbildungen an den Schulen durch und helfen dem pädagogischen Team mit ihrem Know-how. Das alles ist ein Fortschritt, löst aber das Problem nicht wirklich. Das zeigen aktuelle Berichte von Lehrpersonen und betroffenen Eltern. Gewisse Kinder mit ASS brauchen eine intensive Begleitung im Schulalltag, insbesondere an den Übergängen von einer Unterrichtssequenz zur nächsten. Dort sind die Kinder blockiert. Sie brauchen im Schulzimmer Unterstützung, um den Alltag zu bewältigen. Diese Hilfestellung erhalten sie heute nicht im erforderlichen Umfang. Für die Begleitung können beispielsweise Klassenassistenzen eingesetzt werden. Darum stellen wir den Budgetantrag und reichen das Begleitpostulat ein. Gemäss einem Deal wollen wir den Antrag von 25 auf 10 Stellen reduzieren, entsprechend reduziert sich der Betrag von 682 300 Franken auf 273 000 Franken. Bitte setzen Sie ein Zeichen für Kinder mit ASS in Regelklassen.*

Përparim Avdili (FDP): *Dr. Balz Bürgisser (Grüne) unterstellte, dass die Kinder im Stich gelassen würden. Es bräuchte wohl eine grössere Diskussion. Tatsache ist, dass der Prozess so funktioniert, dass die Stellen direkt über die Zürcher Schulpflege (ZSP) beantragt werden können. Zudem besteht heute bereits die Möglichkeit, dass zusätzliche Stellen für Klassenassistenzen – wenn diese tatsächlich notwendig sind, was der Stadtrat nicht glaubt – direkt über die ZSP eingesetzt werden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Die gleiche Diskussion führten wir vor einigen Jahren. Die Beschäftigung mit dem Autismus-Spektrum hat immer seine Berechtigung, vor allem, weil die betroffenen Kinder vor einigen Jahren teilweise nicht betreut werden konnten. Wir hatten damals dreissig Klassenassistenzen, als der Hilferuf einging. In der Zwischenzeit haben wir darum die Klassenassistenzen um das Zehnfache erhöht und sind bei 314 Assistenzen. Ich weiss nicht, wo Dr. Balz Bürgisser (Grüne) den Hilferuf gehört*

hat und wie er auf seine Zahlen kommt. «Im Stich gelassen» halte ich für eine kecke Behauptung angesichts der über 280 geschaffenen Stellen. Mit der ZSP, den Spezialistinnen, die sich den ganzen Tag mit dem Thema beschäftigen, haben wir für die nächste Budgetperiode 36 Stellen zusätzlich geschaffen. Der Antrag wollte zuerst 25 Stellen, jetzt höre ich zehn Stellen. Das ist eine Zahlenwillkür, die ich nicht nachvollziehen kann. Ich bin immer wieder erstaunt, dass man von Alarm sprechen kann, während wir uns dermassen damit beschäftigen. Selbstverständlich gibt es Situationen, in denen die Schulen nicht allen Ansprüchen gerecht werden können. Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir unglaublich viel tun. Wir haben sehr viele neue Klassenassistenzen angestellt und Sie wissen, dass wir nicht mal alle Stellen rasch genug besetzen können.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): STR Filippo Leutenegger erklärte eindrücklich, wieso das Wort «bescheiden» im Zusammenhang mit diesen Ausgaben für Klassenassistenzen und den bereits getroffenen Massnahmen bezüglich ASS das falsche Wort ist. Dr. Balz Bürgisser (Grüne) sieht es als Fortschritt, dass immer mehr Leute im Klassenzimmer umherschwirren und die Kinder verschiedene Bezugspersonen haben. Das kann man auch kritischer sehen. Spannend finde ich, dass die SP in der Enthaltung ist oder war. Ich bin gespannt, in welche Richtung sie gehen wird, weil die SP im Gremium von STR Filippo Leutenegger und in der ZSP die absolute Mehrheit stellt. Sowohl sie als auch der Stadtrat sagen im Bericht, der von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Yasmine Bourgeois (FDP) gefordert und vor kurzen publiziert wurde, ganz deutlich, dass sie nicht mehr brauchen, dass sie genügend haben. Das sagt nicht die SVP-Sparer-Partei oder die bürgerliche Seite, sondern der rotgrün dominierte Stadtrat und die ZSP, die in roter Hand ist. Ich hoffe, dass Sie auf die eigenen Leute hören, die an der vordersten Front sind.

David Ondraschek (Die Mitte) stellt folgenden Textänderungsantrag zum Postulat: Wir werden dem Postulat mit der Textänderung zustimmen. Beim Budget bleiben wir beim Antrag des Stadtrats, sind aber gewillt, Gelder mittels Nachtragskredit zu sprechen.

Tiba Ponnuthurai (SP): Die SP findet das Anliegen wichtig. Kinder, die sich auf dem Autismus-Spektrum befinden oder anderweitig auf Unterstützung im sozialen Verhalten angewiesen sind, brauchen bedürfnisgerechte Unterstützung. Die SP stimmt dem Postulat mit der Textänderung zu. Wir begrüssen, dass neben den Klassenassistenzen auch Sozialpädagoginnen eingesetzt werden sollen. Dem Antrag für zehn Klassenassistenzen stimmen wir zu. Im Grundsatz finden wir, dass die Schule mehr Ressourcen braucht, um Schwierigkeiten im Unterricht und in der Betreuung auffangen zu können. Wir wechseln deshalb von der Enthaltung in die Zustimmung.

Yasmine Bourgeois (FDP): Auch die FDP findet dieses Thema wichtig. Die ursprüngliche Motion für eine bessere Förderung von Kindern mit ASS in der Regelklasse wurde von uns miteingereicht. Wir erhielten auf diese Motion eine Antwort des Stadtrats, in der er aufzeigte, was alles gemacht wird. Die ZSP beauftragte die HPS, ein Konzept auszuarbeiten, das nun vorliegt. Es wurde uns in der Kommission vorgestellt und zeigt, dass inzwischen unglaublich viel gemacht wird: Es gibt interne Weiterbildungsveranstaltungen, Beratungs- und Unterstützungsangebote für die Lehrpersonen, Weiterbildungsinputs bei Fragen zu ASS, die Organisation von fallbezogenen Fachberatungen in Teams und Sozialtrainings für betroffene Kinder. All das wird gemacht oder kann man als Schule beantragen. Wenn das nicht ausreicht, hat die ZSP immer noch die Möglichkeit, beim Stadtrat mehr Ressourcen zu beantragen. Wir haben nicht zu wenige Ressourcen und man kann sie beantragen. Inzwischen haben wir über 300 Klassenassistenzen. Ich weiss aus eigener Erfahrung, dass wir mehr als genügend haben. Als Schulleiterin kann ich jederzeit eine Klassenassistentin einsetzen, wenn ich das Gefühl habe, dass es eine

braucht. Sei das bei autistischen Kindern oder bei anderen Problemen. Dazu kommt, dass Klassenassistenzen nicht geschult sind. Das ist aber das Wichtige: Das Personal muss befähigt werden, mit den Kindern umzugehen. Wenn die Lehrpersonen wissen, wie sie mit diesen Kindern umgehen können und ihnen die entsprechende Hilfe zur Verfügung gestellt wird, dann genügen die vorhandenen Ressourcen.

Christine Huber (GLP): *Die GLP begrüsst den Antrag. Klassenassistenzen sind eine wichtige Ergänzung für Schülerinnen und Schüler mit ASS und können eine wertvolle Hilfe bei der Integrierung in den schulischen Alltag sein.*

Sophie Blaser (AL): *In der Debatte wird offensichtlich, dass das Wissen von neurotypischen Personen über ASS offensichtlich grosse Mangelware ist. Wir wechseln von der Enthaltung in die Minderheit und stimmen dem Antrag für zehn Klassenassistenzen zu. Das Problem ist eher, dass die Sprechung von Ressourcen sehr komplex ist. Wir haben den Gemeinderat, das Schul- und Sportdepartement, die ZSP, die Schulleitungen und ganz unten die Lehrpersonen, Eltern und Kinder. Bis die Ressourcen dort ankommen, gibt es sehr oft die Möglichkeit, dass jemand Nein sagt. Es ist wichtig, Zeichen zu setzen, damit die Ressourcen tatsächlich gesprochen werden. Als Lehrerin höre ich im Schulalltag sehr oft «wir haben diese Ressourcen nicht» und «wir können nichts sprechen», während ich aus der Politik immer wieder höre, dass Ressourcen vorhanden sind. Wir müssen dafür sorgen, dass sie tatsächlich ins Klassenzimmer gelangen.*

Anna-Beatrice Schmaltz (Grüne) *ist mit der Textänderung einverstanden: Kinder mit spezifischen Bedürfnissen brauchen eine spezifische Unterstützung, so auch Kinder auf dem Autismus-Spektrum im Schulsetting. Klassenassistenzen können eine kurzfristige Entlastung bieten. Es ist aber klar, dass die Schulen genügend qualifiziertes Personal brauchen und Klassenassistenzen allein nicht die perfekte Lösung sind. Die Textänderung beinhaltet, dass es auch sozialpädagogisches Fachpersonal braucht. Wir finden es sinnvoll, wenn mehr Sozialpädagog*innen in den Schulen arbeiten. Sie können andere Aufgaben als die Klassenassistenzen übernehmen. Sie sind hochqualifiziert und begleiten Kinder und Jugendliche gezielt, bringen sich fachlich ein und fördern Bildungsgerechtigkeit, was uns sehr wichtig ist. Sozialpädagog*innen brauchen eine andere Rolle als Klassenassistenzen, weil sie eine andere Ausbildung und Fachlichkeit mitbringen.*

Stefan Urech (SVP): *Alles hört sich so sozial an. Ich finde es aber asozial, wenn man von Kindern mit spezifischen Bedürfnissen spricht. Sie verdienen eine Klassenassistentin und die anderen haben keine speziellen Bedürfnisse. Es gibt aber ganz viele Schülerinnen und Schüler, die keine Diagnose mitbringen, die nicht «einfach normal» sind und spezielle und spezifische Bedürfnisse haben. Darum haben wir eine Regelklasse, in der wir so gut wie jedem Einzelnen gerecht werden. Jetzt sagen Sie, dass man die doppelte Aufmerksamkeit erhält, sobald man ein Stück Papier hat, während die anderen mit schwimmen. Es gibt viele Eltern, die einen Frust in sich haben, weil so viel Aufmerksamkeit auf die Kinder mit einer Diagnose gerichtet wird, während das eigene Kind zwar «normal» ist, aber auch viele Bedürfnisse hat, denen der Lehrer vielleicht nicht immer gerecht werden kann. Darum gibt es die Regelschule. Wir alle konnten uns darin mehr oder weniger zurechtfinden. Neu soll das anscheinend nicht mehr möglich sein.*

Dafi Muharemi (SP): *Ich habe ein schulpflichtiges Kind, das autistisch ist, und bin daher direkt vom Thema betroffen. Ich bin erstaunt über die Aussage von STR Filippo Leutenegger, dass wir genügend Klassenassistenzen hätten. Das ist nicht der Fall, wie ich tagtäglich erlebe. Auch erstaunt mich Stefan Urechs (SVP) Aussage als Lehrer, dass autistische Kinder nicht unbedingt spezifische Aufmerksamkeit bräuchten, nur weil sie eine Diagnose hätten. Wir müssen ihnen spezifische Aufmerksamkeit schenken, weil sie autistisch sind, denn sie haben mehr Bedürfnisse und brauchen mehr Aufmerksamkeit*

als alle anderen Kinder. Wir sind nicht frustriert als Eltern. Wir wollen, dass unsere Kinder, die anders sind als die anderen, in der Schule gerecht behandelt werden, dass sie weiterkommen und wie die anderen mitmachen können – nicht mehr als das.

S. 384	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
	5010	Schulamt			
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
077.	Antrag Stadtrat			293 442 900	Mehrheit
			273 000	293 715 900	Minderheit
					Enthaltung
		Begründung: Neue Klassenassistenzen (10 Stellen) ab Schuljahr 2024/25, insbesondere zur Unterstützung von Schulkindern mit Autismus-Störungen			

Felix Moser (Grüne) beantragt für den Antrag der Minderheit neu eine Erhöhung um 273 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 78 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2650. 2023/552

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 29.11.2023:

Unterstützung der Kinder mit Autismus-Spektrum-Störung, die ohne Sonderschulstatus in einer Regelklasse unterrichtet werden

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2023/430, Beschluss-Nr. 2626/2023, Antrag Nr. 077.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2571/2023).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

David Ondraschek (Die Mitte) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Kinder mit ausgewiesenen Autismus-Spektrum-Störungsbildern (z. B. ASS, AD(H)S etc.), die ohne Sonderschulstatus in einer Regelklasse unterrichtet werden, im Schulalltag adäquater begleitet und unterstützt werden können. Die entsprechenden Ressourcen, beispielsweise Klassenassistenzen, sollen bereitgestellt werden.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 87 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 079.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Tiba Ponnuthurai (SP): Die SP stellt den Antrag, Sozialpädagog*innen-Stellen zu schaffen. Der Ausbau von Ressourcen für die Schule, der vom Gemeinderat seit einiger Zeit gefordert wird, gilt immer noch. In den letzten Jahren wurden viele wichtige Ressourcen für Klassenassistenzen gesprochen. Das Umfeld Schule, Unterricht und Betreuung ist komplex. Wer unterrichtet, betreut und begleitet leistet harte, anspruchsvolle und wichtige Arbeit. Wir sind auf dem Weg zum erfolgreichen Ausbau der integrativen Tagesschulen. Wir müssen uns jedoch bewusst sein, dass wir für dieses gleichstellungsfördernde Projekt nicht nur viel und engagiertes Personal brauchen, sondern auch qualifiziertes. Es freut mich darum sehr, dass wir heute zwanzig Sozialpädagog*innen-Stellen für das Schuljahr 2024/25 schaffen können. Kinder mit besonderen Bedürfnissen und auch alle anderen Kinder sollen von der Schaffung dieser Stellen profitieren. Das ist nicht nur ein guter Entscheid für die Kinder, sondern auch für das Personal. Die zusätzlichen Stellen sollen auch genutzt werden, um Pensen von Sozialpädagog*innen, die heute in der Betreuung arbeiten, aufzustocken. So kann man ein 60-Prozent-Pensum effektiv an drei Tagen ein 80-Prozent-Pensum an vier Tagen ausschöpfen, was heute leider vielerorts nicht der Fall ist. Wir reduzieren den ursprünglichen Antrag um fünf Stellen und beantragen 960 000 Franken für 20 Sozialpädagog*innen-Stellen.

Përparim Avdili (FDP): Die Sprecherin der SP sagte, dass das Personal wächst, wie das vom Gemeinderat gewünscht sei. Erstens wächst das Personal an den Schulen überproportional und in den letzten Jahren wahrscheinlich am meisten. Es wächst aus logischen Überlegungen: Die Schülerzahl wächst entsprechend der Bevölkerung. Zweitens bestellt der Gemeinderat das Wachstum des Personals. Jedes Jahr wird von der linken Mehrheit zusätzlich zu dem vom Stadtrat budgetierten Personal weiteres bestellt. So auch in diesem Fall. Im Bereich der Sozialpädagogik wurden in den vergangenen Jahren unzählige Leute eingestellt. Auch haben wir noch nicht gedeckte Vakanzen. Gleichzeitig ist der Bedarf beim Lehrpersonal grösser und diesen gilt es zuerst einzusetzen. Wenn es einen Bedarf gibt, wird der Stadtrat das frühzeitig erkennen und mit einem Nachtragskredit auf den Gemeinderat zukommen.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Die Mehrheitssprecherin sagte, dass sie froh um den Kompromiss mit den linken Bündnispartnern sei. Leider muss ich Ihnen sagen, dass es keinen Kompromiss gab. Wir haben Hand für die Unterstützung von bis zu 15 Sozialpädagog*innen neben den Klassenassistenzen geboten. Nachdem die Linke durchgezählt und festgestellt hat, dass sie 63 Personen sind, war das nicht mehr relevant und sie entschieden sich für die 20 Sozialpädagog*innen, die sie von Anfang an wollten. Es ist

schade, dass man scheinbar keine Kompromisse im Rat machen kann. Es ist schön für die SP, dass sie die Wünsche ihrer sieben Schulpflegepräsidentinnen zu hundert Prozent erfüllen konnte. Wir wechseln in die Minderheit.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *Der Antrag hängt eng mit dem Credo der Inklusion von uns Grünen zusammen. Wenn immer möglich sollen alle Kinder, auch die mit besonderem Förderbedarf, in der Regelklasse unterrichtet werden. Das hat für die Kinder einige Vorteile. Sie sind motivierter und lernen mehr. Die Vorteile des integrativen Unterrichts werden durch zahlreiche Studien belegt. All diese Untersuchungen können keinen nachteiligen Effekt auf die Mitschülerinnen und Mitschüler nachweisen. Für die Lehrpersonen ist die Inklusion allerdings eine Herausforderung. Zur Entlastung der Lehrpersonen und gezielter Förderung der Kinder soll pädagogisch qualifiziertes und weiteres Personal eingesetzt werden. Es liegt in unserer Hand, der Volksschule genügend Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit die Inklusion zum Wohl unserer Kinder gelingt.*

David Ondraschek (Die Mitte): *Im Zusammenhang mit dem vorangehenden Postulat GR Nr. 2023/552 werden wir einem Nachtragskredit für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen zustimmen. Bisweilen bleiben wir aber beim Antrag des Stadtrats.*

Sophie Blaser (AL): *Auch hier wechseln wir von der Enthaltung in die Zustimmung zu den neu zwanzig Stellen, was durchaus ein Kompromiss zu den ursprünglich geforderten 25 Stellen ist. Im Übrigen verstehe ich das FDP-Votum nicht: Wo liegt der Zusammenhang des Lehrermangels mit den Sozialpädagog*innen? Das eine sind kantonale Stellen für Menschen mit einem Lehrdiplom, das andere sind Sozialpädagog*innen, die wir in den Schulen dringend im Unterricht und in der Betreuung brauchen.*

Yasmine Bourgeois (FDP): *Ich frage mich, wie viele Personen Sie noch in die Schule stecken wollen. Das geschieht wieder aufgrund des integrativen Schulsystems. Würden wir das integrative Schulsystem zurückbuchstabieren, bräuchten wir nicht so viel Personal. An den Tagesschulen haben wir ein Betreuungsverhältnis, das besser ist, als der Kanton vorgibt. In der Betreuung haben wir Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen angestellt – nicht nur, aber es hat. Wir brauchen vor allem über Mittag viele Betreuungspersonen. Dort herrscht manchmal Stress, weil sehr viele Kinder sehr schnell gepflegt werden müssen. Dann brauchen wir tatsächlich so viel Personal, wie wir angestellt haben. Am Nachmittag ist das nicht mehr der Fall. Dann haben wir ganz viele Sozialpädagoginnen, die weniger zu tun haben. Wir haben genügend Sozialpädagoginnen in den Schulen; wir müssen nicht noch mehr anstellen – ausser Sie wollen sie für die Mittagessensausgabe. Zudem kündigte RR Silvia Steiner an, dass sie mehr Personal für die «Schulinseln» zur Verfügung stellen will, die von immer mehr Schulen eingerichtet werden, um das integrative Schulsystem zu entlasten. Auch hier haben wir mehr Personal, das in die Schulen kommt – wir haben genügend. Dazu kommt, dass die Zürcher Schulpflege (ZSP) die Möglichkeit hat, mehr Personal zu fordern, aber sie macht es aus einem bestimmten Grund nicht. Ihr müsst mit euren Präsidentinnen sprechen.*

Stefan Urech (SVP): *Ich kann das Loblied auf die totale Inklusion und Integration nicht stehen lassen. Es gebe dutzende Studien, die nur Vorteile und keine Nachteile zeigten. Wenn Sie so etwas hören, müssten Sie misstrauisch werden. Dagegen spricht, dass gemäss Umfragen immer mehr Leute mit der absoluten Integration nicht zufrieden sind – nicht nur in den bürgerlichen Reihen, sondern auch auf Ihrer Seite. Das zeigt die Abstimmung «mit den Füßen»: Es gibt einen Run auf die Privatschulen. Ihre Behauptungen stimmen also nicht ganz. Ich weiss, dass Sie das gebetsmühlenartig jährlich wiederholen müssen. Das ist aber aktives die Augen vor der Realität verschliessen.*

Sophie Blaser (AL): Ein Angriff auf die integrative Schule, wie es die SVP wieder versucht, wäre eine Diskussion über Menschenrechte. Dafür haben wir heute Abend keine Zeit. Es geht um ein Grundrecht und um die Pflicht, die Kinder zu schulen. Es ist grundlegend wichtig, das nicht unwidersprochen stehen zu lassen.

Stefan Urech (SVP): Mein Votum war, dass ich nicht der Überzeugung bin, dass die absolute und totale Inklusion und Integration nur Vorteile und keine Nachteile haben. Die Antwort darauf war, dass ich gegen Menschenrechte sei. Das ist absurd und frech und daneben. Das zeigt, mit welcher Ideologie und welchen Scheuklappen die Thematik angegangen wird, bei der leisesten Kritik am System, die auch aus euren Reihen kommt.

David Ondraschek (Die Mitte): Die Studien zur Inklusion zeigen insbesondere, dass Kinder, die in die Regelklassen integriert werden, davon profitieren im Vergleich dazu, wenn sie separiert werden. Das ist die Kernaussage dieser Studien. Die Studien sagen aber nicht aus, was mit den restlichen Schülern in der Regelklasse geschieht.

Florian Utz (SP): Christina Horisberger (SP) hat mir versichert, dass sie gedrückt und es technisch nicht funktioniert hat. Daher machen wir, was wir in dieser Situation immer tun: Die Abstimmung wird wiederholt.

Sven Sobernheim (GLP): Ich stimme der Wiederholung zu, weil wir das immer so gemacht haben. Ich will aber den Leuten empfehlen, die Tafel anzuschauen, wenn man den Knopf gedrückt hat. Die Anlage ist manchmal schneller und manchmal langsamer, als man selbst. Wenn man das noch immer nicht gemerkt hat, habe ich gewisse Fragen.

S. 384	50 5010 3010 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
079.	Antrag Stadtrat				293 442 900	Minderheit Përparim Avdili (FDP) Referat, Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
				960 000	294 402 900	Mehrheit Tiba Ponnuthurai (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Barbara Wiesmann (SP)
						Enthaltung Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung:	Stellenschaffung von 20 Sozialpädagog*innen (Betreuung) zur Unterstützung der Schulen im Betreuungsalldag ab Schuljahr 2024/25			

Tiba Ponnuthurai (SP) beantragt für den Antrag der Mehrheit neu eine Erhöhung um 960 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 080.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): In diesem Antrag geht es um Bildungsgerechtigkeit. Die Anzahl Stellen für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) soll um 15 erhöht werden. Das entspricht einer Erhöhung um sieben Prozent. In Zürich haben knapp dreissig Prozent der Kinder in der Volksschule Anspruch auf DaZ-Lektionen. Es sind Kinder mit einer anderen Erstsprache oder nur geringen Deutschkenntnissen. In der Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen (VSM) schreibt der Kanton als Minimum zwei DaZ-Lektionen pro Woche auf der Kindergartenstufe vor. Auf Primar- und Sekundarstufe sind es fünf DaZ-Lektionen pro Woche im Anfangsunterricht. Das ist im ersten Jahr, wenn ein Kind ohne Deutschkenntnisse in die Schweiz kommt. Nach dem ersten Jahr sind es noch zwei wöchentliche DaZ-Lektionen. Von der Schulpflege (ZSP) veröffentlichte Ergebnisse einer Erhebung zeigen ein erschreckendes Bild. Im Kindergarten erhalten 41 Prozent der anspruchsberechtigten Kinder den DaZ-Unterricht nicht im erforderlichen Umfang von zwei Lektionen pro Woche, in der ersten Primarklasse sind es 15 Prozent der anspruchsberechtigten Kinder. Die Bildungs- und Lebenschancen eines Kindes hängen wesentlich vom Beherrschen der deutschen Bildungssprache ab. Darum sind die DaZ-Lektionen insbesondere für Kinder aus benachteiligten Verhältnissen enorm wichtig. Der DaZ-Unterricht sollte möglichst früh in der Schullaufbahn eines fremdsprachigen Kindes einsetzen. Die deutsche Sprache ist der Schlüssel zur Teilhabe am beruflichen, gesellschaftlichen und politischen Leben in unserer Stadt. Die neusten PISA-Untersuchungen zeigen, dass 25 Prozent der Jugendlichen ungenügende Deutschkenntnisse haben. Für den DaZ-Unterricht sollten wir die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Johann Widmer (SVP): Wenn ich mich richtig erinnere, kommt dieser Antrag jedes Jahr für die gleichen 15 Stellen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse werden diese Stellen STR Filippo Leutenegger immer wieder zugesprochen. Ich habe mit ihm gesprochen und offensichtlich braucht er diese Stellen nicht. Mehr Stellen bedeutet mehr Raum, mehr Verwaltung, mehr Kosten. Wenn mir der Stadtrat sagt, dass er diese Stellen nicht braucht, dann ist klar, dass die Minderheit mit dem Stadtrat geht.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Der Stadtrat führte in seiner Antwort aus, dass er damit rechne, dass im Durchschnitt dreissig Prozent der Schülerinnen DaZ-bedürftig seien. Das ist ein Wert, der sich in der Vergangenheit bewährte; in diesem Sinn wollen wir daran festhalten. Im Budget sind 7,2 neue DaZ-Stellen eingestellt. Wir fahren also nicht schlichtweg weiter wie bisher, wir berücksichtigen das Schüler*innenwachstum.

Yasmine Bourgeois (FDP): Die FDP weiss, wie wichtig der DaZ-Unterricht ist. In der Antwort zur Motion GR Nr. 2023/260 der Grünen sagt der Stadtrat, dass der höhere Bedarf an DaZ-Stellen jederzeit durch die ZSP gedeckt werden kann – einmal mehr. Sie kann jederzeit mehr Stellen beantragen. Erst erfolgt eine Grobverteilung und die jeweiligen Schulpräsidien können dann eine Feinverteilung machen. Wenn das nicht reicht, kann die ZSP jederzeit mehr Stellen beantragen. Es braucht diese Stellen also nicht.

Selina Walgis (Grüne): Es ist erschreckend, dass viele in diesem Rat die Antwort des Stadtrats auf die Schriftliche Anfrage GR Nr. 2021/333 offensichtlich nicht gelesen haben. Wir als Gemeinde sind gemäss VSM verantwortlich, für die DaZ-Lektionen aufzukommen. Es gibt Mindestvorgaben, die der Stadtrat nicht entsprechend budgetiert. Das weiss der Gemeinderat seit der Antwort des Stadtrats auf die Schriftliche Anfrage. Darin zählte er Gründe auf, weshalb die Mindestvorgaben nicht eingehalten werden. Das ist

peinlich für eine Gemeinde wie Zürich, der es finanziell nicht schlecht geht. Mit dem DaZ-Unterricht sind wir schlecht aufgestellt. Wir reichten im Mai 2023 eine Motion ein, die der Stadtrat als Postulat entgegen nehmen wollte. Das zeigt, dass der Stadtrat nicht bereit ist, etwas zu ändern. Wir haben 15 Stellen budgetiert. Wenn es gut kommt, kommen diese knapp durch. Ich muss aber die Hoffnung nehmen, dass wir damit das Problem gelöst hätten. Das Thema kommt sicher wieder, weil die 15 Stellen bei weitem nicht ausreichen. Im Kindergarten und in speziellen Schulkreisen wie dem Zürichberg gibt es viele Kinder, die nicht den Mindestanforderungen entsprechend DaZ-Lektionen erhalten. Wenn Sie das nachlesen, können wir alle vom gleichen sprechen. Es ist ein Thema, das nicht dem Schema entsprechen sollte, dass die Linken sagen, dass es das braucht, während die Rechten sagen, dass es das nicht braucht. Wir alle zusammen sind in der Verantwortung. Ich wünsche mir zudem, dass man die Antworten des Stadtrats liest.

David Ondraschek (Die Mitte): Wir können tatsächlich 15 zusätzliche DaZ-Stellen bewilligen. Wir können auch 15 bestehende DaZ-Stellen streichen. Denn es macht keinen Unterschied. Grundsätzlich ist ganz klar geregelt, wie DaZ-Stellen zu vergeben sind. Wir haben im Anfangsunterricht pro Kind zwei Wochenlektionen, die in den Ressourcentopf kommen. Im Aufbauunterricht sind es Ressourcen für 0,75 Wochenlektionen. Das ist exakt der DaZ-Bedarf, den wir haben und dieser kann jederzeit von der Stadt ausgeschöpft werden – unabhängig davon, wie viele Stellen wir bewilligen. Falls es stimmt, dass die Stadt weniger Ressourcen zur Verfügung stellt als die DaZ-Erhebung ausweist, dann muss mehr DaZ-Personal eingestellt werden. Das ändern wir nicht, indem wir zusätzliche Stellen bewilligen, sondern indem Leute gemäss dem Bedarf anstellen.

Sophie Blaser (AL): Es ist erschreckend, dass das Gesetz offensichtlich zu wenig bekannt ist. DaZ-Ressourcen sind in der Verantwortung der Gemeinde, es sind kommunalisierte Stellen. Die Gemeinden sind dafür zuständig, die kantonalen Vorgaben einzuhalten. Es gibt somit keinen Topf, wie das bei den Lehrpersonenstellen üblich ist. Die Stadt stellt den Topf selbst und ist dafür verantwortlich, dass die gesetzlichen Anforderungen eingehalten werden. Beim DaZ ist es so, wie Selina Walgis (Grüne) sagte: Die Stadt kommt der gesetzlichen Vorschrift nicht nach. Es liegt an uns, das einzuhalten.

S. 385	50 5010 3020 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne der Lehrpersonen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
080.	Antrag Stadtrat				86 507 500	Minderheit Johann Widmer (SVP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP)
				1 900 000	88 407 500	Mehrheit Vizepräsidium Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:	Die kantonalen Mindestvorgaben für Deutsch als Zweitsprache DaZ (Anzahl DaZ-Lektionen für Kind mit DaZ-Bedarf) werden aktuell nicht eingehalten. Darum braucht es eine Aufstockung (15 Stellen).			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 081. und 082.

Kommissionsminderheit

Yasmine Bourgeois (FDP): Für das Streichen der Mittel für den Einsatz von Zivildienstleistenden gibt es einige Gründe. Wir haben bereits genügend Leute in den Schulzimmern – wie viele zusätzliche Personen wollen Sie noch? Heute haben Sie mehr Ressourcen für Klassenassistenten und Sozialpädagoginnen gesprochen. Wir brauchen nicht noch mehr Leute. Zivildienstleistende sind freiwillig da und vermutlich nicht alle gleich motiviert oder verbunden mit der Aufgabe. Gegen einen weiteren Punkt können wir nichts machen, aber wir müssen ihn auch nicht unterstützen. Zivildienstleistende an Schulen leisten im Gegensatz zu Rekruten oder Soldaten einen gemütlichen Dienst. In den Schulen sind sie oft zwischen acht und drei Uhr im Dienst anwesend. Soldaten oder Rekruten sind teilweise rund um die Uhr im Einsatz. Dabei zählen Diensttage und nicht Stunden. Dazu kommt, dass sie den Einsatz teilweise als Praktikum nutzen können, was gesetzlich nicht erlaubt ist, aber trotzdem geschieht. Der Einsatz von Zivildienstleistenden an Schulen ist unnötig und unfair gegenüber militärdienstleistenden Soldaten.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich bin doppelt untauglich und, wie wir später herausgefunden haben, hätte ich bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gehen müssen, wenn ich Militärdienst leisten wollte. Somit kann ich weder beim Militär- noch beim Zivildienst mitsprechen, aber das haben meine Vorrednerin und ich gemeinsam. Ich wehre mich trotzdem gegen die Aussage des gemütlichen Diensts für Zivildienstleistende. Unsere Alterszentren und Schulen hätten ein Problem, wenn wir keine Zivildienstleistenden hätten. Sie sind eine wichtige Stütze in unserer Gesellschaft und übernehmen Aufgaben, die wir uns sonst nicht leisten können. Das Schlechtrede von Zivildienstleistenden triggert mich.

Moritz Bögli (AL): Ich schliesse mich meinem Vorredner an: Ich finde es absolut unmöglich, sich so über Menschen aufzuregen, die unglaublich wichtige Arbeit in unserem Land leisten. Im Gegensatz zu den Militärangehörigen leisten sie einen längeren Dienst und dazu eine wichtigere Arbeit, die dem Land einen Mehrwert bringen.

Kommissionsmehrheit:

Tiba Ponnuthurai (SP): Der Kommissionsmehrheit war nicht klar, was der Antrag bezwecken soll. Das Votum zeigt, dass es nicht um die Schule geht, sondern darum, dass der Zivildienst gegenüber dem Militärdienst als weniger wertvoll angeschaut wird. In der Beratung haben wir festgestellt, dass bereits Diensttage für das Jahr 2024 vereinbart sind. Mit der Streichung würde man jenen Zivildienst-Einsätze wegnehmen, die damit rechnen und einen wichtigen Beitrag in den Schulen leisten.

Weitere Wortmeldungen:

Dominik Waser (Grüne): Die Grünen unterstützen den Zivildienst. Als Person, die Zivildienst in einer Schule geleistet hat, fand ich das bereichernd. Ich glaube, dass ein solcher Dienst vielen hier helfen würde, ein Bewusstsein für die Situation in den Schulen und dafür zu entwickeln, dass es um Kinder geht, die davon profitieren können.

Stefan Urech (SVP): Die eine Ratsseite sagte vorher, dass die Leute in den Klassenzimmern bestimmte Ausbildungen und Qualifikationen bräuchten, um etwas Gewinnbringendes leisten zu können. Die gleiche Seite sagt nun, dass achtzehnjährige Zivildienstleistende einen wichtigen Beitrag zum Wohl unserer Gesellschaft leisten können.

David Ondraschek (Die Mitte): Ich muss eine Lanze für Zivildienstleistende brechen. Als Schulleiter war ich sehr froh um sie, sie leisteten einen hervorragenden Dienst.

S. 386	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5010	Schulamt				
	3130 00 000	Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
081.	Antrag Stadtrat				31 653 000	Mehrheit
						Tiba Ponnuthurai (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
			425 000		31 228 000	Minderheit
						Pärparim Avdili (FDP) Referat, Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Einsatz von Zivildienstleistenden streichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 082.

Wortmeldungen siehe Antrag 081.

S. 387	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5010	Schulamt				
	3170 00 000	Reisekosten und Spesen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
082.	Antrag Stadtrat				1 475 700	Mehrheit
						Tiba Ponnuthurai (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)

425 000

1 050 700 Minderheit

Pärparim Avdili (FDP)
Referat, Martin Bürki
(FDP), Johann Widmer
(SVP)

Begründung: Einsatz von Zivildienstleistenden streichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 083.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Sophie Blaser (AL): Die Wartezeiten haben sich in den letzten Jahren erhöht, insbesondere bei der Wartefrist von über sechzig und über neunzig Tagen. Darum sind wir dafür, zwei Stellen für Schulpsycholog*innen zu sprechen.

Pärparim Avdili (FDP): Es ist einmal mehr ein Antrag, bei dem der linke Gemeinderat offenbar mehr Informationen hat als die verantwortlichen Personen in den Departementen. Ich meine nicht nur den politischen Vorsteher, sondern alle Verwaltungsangestellten, Direktoren und Dienstabteilungsvorgesetzten, die mit dem Novemberbrief zwei zusätzliche Stellen bestellt haben. Sie sagen, dass diese Anstellungen erst kommen müssen, dann braucht es eine weitere Evaluierung für die Zukunft. Selbstverständlich wird mit einem Nachtragskredit aufgestockt, wenn es notwendig ist. Aber der linke Gemeinderat hat das Gefühl, besser Bescheid zu wissen als die, die das Personal einstellen.

Weitere Wortmeldung:

Sophie Blaser (AL): Die Wartezeiten haben sich verlängert, das kann man auch in den Antworten nachlesen, das haben wir nicht erfunden.

S. 408	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5050	Schulgesundheitsdienste				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
083.	Antrag Stadtrat				18 400 500 305 000 N	Minderheit
				281 400	18 986 900	Mehrheit
		Begründung:	Antrag auf 2 weitere Stellen Schulpsycholog*innen, trotz bereits erfolgter Aufstockung mit dem Novemberbrief, um die psychologische Grundversorgung und Prävention zu stärken			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

SOZIALDEPARTEMENT

Gemeinsame Behandlung der Anträge 084. und 085. (Postulat GR Nr. 2023/569).

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Barbara Wiesmann (SP): Die SP vertritt die Meinung, dass man mehr Energie in eine intensivere Betreuung statt in die Überwachung investieren soll. Bei der verdeckten Überwachung handelt es sich um einen erheblichen Eingriff in die Grundrechte. Es ist nicht sicher, ob das einer Prüfung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) standhalten würde. Stattdessen sollen sich die Sozialarbeitenden mehr Zeit für die einzelnen Fälle nehmen können. Aufgrund der Erfahrungen aus Winterthur und der Antworten auf die Schriftliche Anfrage GR Nr. 2023/418 kann man schliessen, dass eine intensivere Betreuung der Sozialhilfebezügerinnen eine positive Auswirkung hat. Für uns ist klar, dass aufgrund der Tatsache, dass die besetzten Stellen des Sozialinspektorats nicht über das Budget gestrichen werden können, das Budget allein nicht für diese Änderung geeignet ist. Die vorgeschlagene Umstellung der Herangehensweise auf primär sozialarbeiterische Mittel braucht Zeit. Die wollen wir dem Stadtrat geben. Es macht zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn, weitere Mitarbeitende im Sozialinspektorat einzustellen. Darum sollen die aktuell vakanten 40 Prozent nicht besetzt werden.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Für uns Grüne ist die Einhaltung der Grundrechte elementar. Dass Sozialhilfebezüger*innen pauschal damit rechnen müssen, überwacht zu werden, lediglich weil sie Sozialhilfe beziehen und darum unter Generalverdacht stehen, widerspricht unseren Werten. Eine Parallelpolizei für Sozialhilfebeziehende finden wir äusserst fragwürdig. Wir wollen keine Schikane armutsbetroffener Menschen. Sozialhilfebeziehende brauchen eine adäquate und individualisierte Betreuung und Begleitung. Das zeigt sich auch in Winterthur, wo mehr Ressourcen für Sozialarbeitende aufgewandt werden. Die Betreuung und auch die Kontrolle von Sozialhilfebeziehenden liegt bei den Sozialarbeiter*innen und ist ihre Aufgabe. Wenn Sozialarbeiter*innen regelmässig im Austausch mit den Sozialbeziehenden stehen und genügend Zeit für Gespräche haben, aufmerksam sind und ihre Klientel kennen, dann fallen den Sozialarbeitenden Unregelmässigkeiten auf. Dafür braucht es kein Sozialinspektorat. Wir stehen für eine gerechte Gesellschaft und lehnen Grundrechtsverletzungen ab. Wir wollen auf das Sozialinspektorat verzichten und beantragen die Streichung der budgetierten 5,7 Stellen.

Përparim Avdili (FDP): Es ist ein alljährlicher Antrag; ein Angriff der Grünen auf das gesamte Team des Sozialinspektorats. Es gibt ein kantonales Gesetz, das den Einsatz des Sozialinspektorats klar regelt. Es werden keine Grundrechte oder dergleichen verletzt. Es geht darum zu verstehen, wie die eingesetzten Steuergelder im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit eingesetzt werden. Dafür gibt es verschiedene Stellen, wie die Sozialen Dienste (SOD), die eher eine beratende Rolle haben. Gleichzeitig gibt es das Sozialinspektorat, das sich im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten einsetzt. Diese Debatte wurde ausführlich in den Medien geführt, die vor allem euer Postulat aufnahmen. Bei den 40-Prozent, die die SP streichen will, handelt es sich um eine Sachbearbeiterstelle, die neu besetzt werden soll. Ich verstehe den Sinn des Streichungsantrags nicht.

Luca Maggi (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2602/2023): Es ist ein Antrag, den die Grünen im Budget immer stellen. Leider sind wir oft an unseren sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen gescheitert. Ihr wart immer der Meinung, dass das Budget nicht der richtige Ort ist, um sich über das Sozialinspektorat zu unterhalten. Ich bin erfreut, dass es uns dieses Jahr gelingt, ein Begleitpostulat einzureichen; der Antrag wird mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht durchkommen. Das Postulat fordert den Stadtrat auf, das Sozialinspektorat zum nächstmöglichen Zeitpunkt aufzuheben. Das Sozialinspektorat schießt mit Kanonen auf Spatzen. Im letzten Jahr haben rund 18 000 Menschen in der Stadt Sozialhilfe bezogen. Die Betrugsquote liegt bei unter fünf Prozent. Seit das Sozialinspektorat eingeführt wurde, wurden 25 Anträge für eine Observation gestellt. Dem gegenüber stehen 570 Stellenprozent. Es stimmt nur bedingt, was Përparim Avdili (FDP) zur Gesetzgebung sagte. Die gibt es, aber es handelt sich um eine «Kann-Formulierung». Sie gibt den Gemeinden die Möglichkeit, ein Sozialinspektorat einzuführen, wenn sie das wollen; sie müssen aber nicht. Ich bin der Meinung, dass wir keinen Sozialüberwachungsstaat aufziehen und die 18 000 Menschen in der Ungewissheit lassen sollten, ob sie observiert werden oder nicht. Als die Stadt eine eigene Verordnung einführte, sagte der EGMR, dass es eine gesetzliche Grundlage brauche, wenn man Sozialhilfebeziehende observieren wolle. Ob eine gesetzliche Grundlage verhältnismässig sein kann, ob es also generell ein Verstoss gegen die Grundrechte ist, wenn man bei einem so kleinen Delikt mit einem solch harten Regime auffährt, dazu hat sich der EGMR nicht geäussert. Wir bezweifeln stark, dass das mit den Menschenrechten konform ist. Es ist Zeit, dass Zürich diese Geschichte beendet.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Das Thema Observation und Überwachung wurde bereits sehr viel auf allen Ebenen unseres Staats diskutiert und die Pros und Kontras haben sich nicht wirklich verändert. Wichtig ist, dass der Stadtrat weder aufgrund eines Budgetbeschlusses noch aufgrund eines Postulats das Inspektorat aufheben oder die Observationstätigkeit des Inspektorats einstellen kann. Wenn Sie wollen, dass die entsprechenden Massnahmen ergriffen werden, dann müssen Sie einen Beschluss fällen, der dem fakultativen oder obligatorischen Referendum untersteht. Dann müssen Sie bereit sein, in eine Volksabstimmung zu gehen. Sollte die Volksabstimmung in Ihrem Sinne entscheiden und die Abschaffung erfolgen, dann werden wir dem Folge leisten – ansonsten nicht.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Die ominöse Studie aus Winterthur war bereits häufig Thema im Rat. Ich zitiere Selina Walgis (Grüne) sinngemäss: Ich weiss nicht, ob Sie sie gelesen haben, was ich Ihnen sehr stark empfehle. Die Studie sagt zunächst etwas Grundsätzliches: Die Gemeinden sind nicht per se vergleichbar, weil alle Gemeinden ihre Sozialarbeiterinnen anders einsetzen, auslasten und spezifizieren. Winterthur funktioniert deutlich anders als Zürich. Ich nehme zwei weitere Zitate aus der Studie. Es stellt sich die Frage, wie hoch die Ablösungsrate tatsächlich ist: «Allerdings ist im Gegenzug nicht auszuschliessen, dass die erhöhte Ablösungsrate zu Beginn der Falllastsenkung teilweise auf die Abarbeitung von relativ einfach abzulösenden Fällen zurückzuführen ist, sogenannte «low hanging fruits» und sich dieser Effekt der Falllastsenkung längerfristig wieder abschwächt.» Ich glaube nicht, dass Zürich solche «low hanging fruits» hat, weil unsere Sozialarbeiterinnen überlastet sind. Ich glaube daher nicht, dass wir die Studie übertragen können. Die Studie fragt sich auch: «Falls sich für einen Sozialdienst diese Fragen stellen, so liefern die im Rahmen der vorliegenden Studie für die Stadt Winterthur ermittelten Zahlen nützliche Ausgangswerte. Im Einzelfall ist aber immer auch der spezifische Kontext zu berücksichtigen.» Wenn Sie also eine Studie machen wollen, die den Schnittpunkt zwischen Kosten und Nutzen liefert, dann sind wir sofort dabei.

Aber diese Studie müsste man für Zürich durchführen; Sie können nicht die Falllastzahl von Winterthur abschreiben, weil es nicht die gleiche Belastung ist, weil es nicht die gleichen Fälle sind und weil Winterthur mit einem viel grösseren Problem begonnen hat. Ich gehe nicht davon aus, dass in Zürich ein Sozialarbeiter je 120 Fälle betreuen musste.

Johann Widmer (SVP): *Ich staune heute Abend. Eine Kompost-Polizei habt ihr nicht gewollt, wenn es um normale Bürger geht, die ihre Orangenschalen vorschriftsgemäss kompostieren. Inkonsequenterweise seid ihr aber gegen die Observation von Leuten, die unser Sozialsystem offensichtlich ausnutzen wollen. Das ist sonderbar. Was ist eure Motivation, solche Leute zu schützen? Bei 25 Leuten gab es eine Anordnung für eine Observation. Es muss also einen Verdacht gegeben haben. Das Problem, dass Sozialbezüger teure Mercedes besitzen und gleichzeitig in die Tasche des Sozialstaats greifen, ist noch nicht aus der Welt. Ich finde es befremdlich, dass ihr das abschaffen wollt.*

Karin Stepinski (Die Mitte): *Wenn bei der Sozialhilfe betrogen wird, dann ist das auch für die ehrlichen Sozialhilfeempfänger traurig. Wenn das mit Sozialdetektiven aufgedeckt werden kann, stärkt man damit das Image der Bezüger, die das Geld nötig haben und erhalten sollen. Zusätzlich ist das für die Sozialarbeiter eine grosse Hilfe: Wenn sie ein ungutes Gefühl haben, haben sie die Möglichkeit für einen Antrag. Es wird nicht grundlos überwacht. Es braucht zuerst einen Antrag und das erfolgt nur, wenn ein Verdacht begründet ist. Somit stärkt die Arbeit der Sozialdetektive auch den Rücken der Sozialarbeiter. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist leider nicht nur nötig, sondern besser.*

Moritz Bögli (AL): *Das Sozialinspektorat ist eigentlich nichts anderes als Klassenkampf von oben. Man versucht uns zu verkaufen, dass es einen angeblichen riesigen Betrug durch die Schwächsten unserer Gesellschaft gäbe. Wir wissen aber alle genau: Wenn jemand den Staat und die Gesellschaft massenhaft betrügt, dann sind das die superreichen Freunde der FDP, SVP und der Rechten im Allgemeinen, die jedes Jahr hunderte Millionen Franken an Steuern hinterziehen und von den Menschen fernhalten, die sie erarbeitet haben. Wenn es euch mit angeblichem Betrug am Staat ernst wäre, dann wäre dort besser angesetzt. Das Sozialinspektorat ist asozial und hat hier nichts zu suchen.*

Stephan Iten (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Vorwurf der Steuerhinterziehung gegenüber Mitgliedern von bürgerlichen Parteien.

Anjushka Früh (SP): *Bei den verdeckten Observationen, die das Sozialinspektorat durchführt, handelt es sich um einen sehr starken Eingriff in die Grundrechte der betroffenen Personen. Auch unbeteiligte Dritte können von diesen Observationen erfasst werden. In der Regel wird das so vom Staat nur bei potenziellen Schwerverbrechern gemacht. Selbstverständlich sollte es im Bereich der Sozialhilfe Missbrauchskontrollen geben. Sie lassen sich aber auf anderen Wegen durchführen. Wir wollen nicht nur das Budget für das Sozialinspektorat streichen, sondern dem Stadtrat die notwendige Zeit geben, diese Umgestaltung vorzunehmen. Mit unserem Postulat bieten wir eine Alternative und fordern den Stadtrat auf, dass nach der Umgestaltung primär mit sozialarbeiterischen Mitteln gearbeitet und auf die verdeckten Observationen verzichtet wird. Es ist angezeigt, grundrechtskonformere Wege zu finden, auf das Inspektorat zu verzichten und einen Umgang mit den Sozialhilfebeziehenden zu finden, der ihre Grundrechte respektiert. Ich glaube es war Benedikt Gerth (Die Mitte), der heute sagte, dass sie nicht zwischen weissen und blauen Parkplätzen diskriminieren. Wir prangern nicht die Diskriminierung von farbigen Linien auf Teer an, sondern die Diskriminierung von Menschen. Während sich die SVP heute für die Grundrechte von Bioabfall einsetzt, setzen wir uns für die Grundrechte der Menschen ein und stellen nicht alle unter Generalverdacht.*

Samuel Balsiger (SVP): Im Jahr 2021 hatten wir eine Volksabstimmung, bei der die Stadt Zürich zu knapp 70 Prozent Ja zu den Sozialinspektoren sagte. Eine satte Mehrheit steht dahinter, dass man genau hinschaut, wenn Steuergelder fliessen. Die heutigen Instrumente sind viel zu harmlos. Wer arbeiten kann, aber nicht will, ist gemäss heutiger Regel kein Sozialhilfebetrüger. Dafür muss eine kriminelle Energie bestehen. Erst dann kann man aktiv werden. Sie können sicher sein, dass es eine grosse Anzahl Personen gibt, die physisch und mental zum Arbeiten fähig sind, dies aber nicht wollen, weil der Sozialstaat zu grosszügig ausgestattet ist und Sie diesen Leuten Geld, Wohnungen und alles Mögliche gratis verteilen. Viele kommen aus dem Ausland, womit wir bei der Mutter aller Probleme in der Schweiz sind, der Einwanderung.

Johann Widmer (SVP): Ich hatte nicht etwas unterstellt; ich sagte, dass wir wieder dort-hin kommen, wenn wir so weitermachen. Es ist keine Unterstellung, sondern das Aufzeigen einer Konsequenz, die eintreten kann, wenn die Stelle abgeschafft wird.

S. 418	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5500	Sozialdepartement Departementssekretariat				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
084.	Antrag Stadtrat			6 450 600	Mehrheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
		41 000		6 409 600	Minderheit 1	Barbara Wiesmann (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Tiba Ponnuthurai (SP)
		664 600		5 786 000	Minderheit 2	Vizepräsidium Felix Moser (Grüne) Referat, Tanja Maag Sturzenegger (AL)
		Begründung:	Minderheit 1: 530 statt 570 Stellenprozent für das Sozialinspektorat; derzeit offene 40%-Stelle soll nicht besetzt werden Minderheit 2: Verzicht auf das Sozialinspektorat (Streichung der budgetierten 5,7 Stellen); keine Überwachung von Sozialhilfebeziehenden			

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(6 450 600)	60 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(6 409 600)	37 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(5 786 000)	<u>26 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 1 wird mit 63 gegen 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

2651. 2023/569

**Postulat von Luca Maggi (Grüne) und Anjushka Früh (SP) vom 06.12.2023:
Umgestaltung des Sozialinspektorats hinsichtlich eines Verzichts auf verdeckte
Observationen und Senkung der Fallzahlen der Fachkräfte der Sozialen Arbeit**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2023/430, Beschluss-Nr. 2626/2023, Antrag Nr. 084.

Luca Maggi (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2602/2023).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 63 gegen 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Gemeinsame Behandlung der Anträge 086. und 087. (Postulat GR Nr. 2023/550).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Moritz Bögli (AL) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2569/2023): *Mit der Volksabstimmung über den Gegenvorschlag zur Initiative des Gewerkschaftsbunds «Ein Lohn zum Leben» haben wir in Zürich Historisches bewirkt. Wir haben nicht nur als eine der ersten Städte in der Schweiz einen Mindestlohn beschlossen, sondern auch einen markanten Beitrag zur Reduktion der Working Poor und für ein besseres Leben für die ärmsten Menschen in Zürich geleistet. Mit diesem Antrag fordern wir die wissenschaftliche Begleitung der Mindestlohneinführung. Damit können wir einen wichtigen Beitrag zur Forschung zum Thema leisten. In der Volkswirtschaft sind Themen wie die Auswirkung des Beschäftigungsgrads umstritten, insbesondere im Schweizer Kontext, wo praktisch keine guten Studien vorliegen. Die wissenschaftliche Begleitung kann zudem wichtige Inputs für die Diskussion im Rat geben.*

Përparim Avdili (FDP): *Ich weiss nicht, welche Diskussion der Vorsprecher meint. Die Abstimmung wurde geführt; es gab einen Volksentscheid, den es politisch zu akzeptieren gilt. Gleichzeitig ist ein Rechtsverfahren hängig. Das war auch die Antwort des Stadtrats auf die Frage zum aktuellen Stand. Man kann die Sinnhaftigkeit eines solchen Antrags hinterfragen, wenn man noch nicht einmal weiss, ob und in welcher Form der Mindestlohn eingeführt wird. Diesen Antrag kann man stellen, nachdem klar ist, ob und wie er eingeführt wird. Heute ergibt er wenig Sinn. Unabhängig vom Resultat der Studie ist die Diskussion politisch abgeschlossen und muss hier nicht weitergeführt werden.*

Sven Sobernheim (GLP) stellt namens der GLP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Die technokratische Wissenschaftspartei GLP hat gerne den Ablehnungsantrag gestellt, denn: Wann macht eine Studie Sinn? Wenn Sie etwas testen wollen, wenn Sie einen Pilotversuch haben, wenn Sie etwas wissen wollen. Wenn die Studie am Ende sagen wird, dass der Mindestlohn nichts bringt, dann werden Sie ihn nicht wieder abschaffen. Die wissenschaftliche Begleitung ergibt keinen Sinn, weil Sie daraus keine Schlüsse ziehen wollen. Wenn die Studie sagt, dass ein Mindestlohn von 21 Franken ausreicht, dann werden Sie ihn trotzdem nicht senken. Wenn wir keine Schlüsse aus einer Studie ziehen wollen, müssen wir auch keine durchführen lassen.

Weitere Wortmeldungen:

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Für die Grünen ist der Mindestlohn ein wichtiger Aspekt für eine gerechte Gesellschaft, weshalb wir uns aktiv für die Einführung einsetzten. Eine Studie zur Einführung eines kommunalen Mindestlohns erachten wir als wertvoll.

Samuel Balsiger (SVP): Wenn Sie den Leuten mit einem tiefen Einkommen helfen wollen, dann müssen Sie darauf achten, dass der Staat so günstig wie möglich und vor allem die Mehrwertsteuer so tief wie möglich ist. Die Mehrwertsteuer betrifft Leute mit einem kleinen Einkommen am meisten: Alle müssen Essen. Die Aktionen, die Sie in den Parlamenten auf allen Staatsebenen auslösen, und alle Einschränkungen der Wirtschaft schlagen sich auf den Konsumenten nieder. Am Ende bezahlt immer der Konsument. Sie drangsaliieren jahraus, jahrein die Wirtschaft, bürden neue Steuern auf und treiben so den Wohlstand in die Enge und schaden den Leuten mit tiefen Einkommen stark.

Stephan Iten (SVP): Wir hörten von einem «historischen Sieg». Während dem Wahlkampf hörten wir, dass andere das auch hätten und es ein riesiger Erfolg sei. Wofür brauchen wir eine Studie, wenn ihr es besser wisst? Oder sind es wieder bestellte Aufträge für ein Mitglied von euch?

Gemeinsame Behandlung des nachfolgenden Antrags mit Postulat GR Nr. 2023/550

S. 419	55 5500 3132 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
086.	Antrag Stadtrat				660 200	Minderheit
				100 000	760 200	Mehrheit
						Pärparim Avdili (FDP) Referat, Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
						Tanja Maag Sturzenegger (AL) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:	Auftrag für eine wissenschaftliche Studie zur Einführung und den Auswirkungen des städtischen Mindestlohns			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2652. 2023/550

Postulat der AL-Fraktion vom 29.11.2023:

Vergabe einer wissenschaftlichen Studie zur Einführung und zu den Auswirkungen des städtischen Mindestlohns an eine Forschungsinstitution

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2023/430, Beschluss-Nr. 2626/2023, Antrag Nr. 086.

Moritz Bögli (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2569/2023).

Sven Sobernheim (GLP) stellt namens der GLP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 63 gegen 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 088.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): *Leider ist es so, dass nicht nur ich, sondern auch viele andere sich bei Herrn Canepa wegen der Sprayereien, dem Tagging und dem Verkleben der ganzen Stadt mit Symbolen des Fussballclubs FCZ gemeldet haben. Die Stadt entrichtet Beiträge an den Verein Fansozialarbeit FCZ. Dahinter steht ein Vertrag; wir sind uns bewusst, dass die Beiträge nicht gekürzt werden können. Weil der Vertrag schlecht ausgehandelt wurde, kann man dem Fehlverhalten der anderen Partei – den FCZ-Fans – keine Konsequenzen angedeihen lassen. Das geht nicht. Daher haben wir diesen Kürzungsantrag gestellt, um ein Zeichen zu setzen. Wir fordern von Herr Canepa persönlich, dass er die Fan-Arbeit endlich an die Hand nimmt und mit den Burschen und Mädchen durch die Stadt zieht, um die FCZ-Tags und -Schmierereien zu entfernen. Nur das Streichen von Geldern weckt die Chaoten auf. Der andere Verein kann es auch: Vom Grasshopper Club Zürich (GCZ) seht ihr in der ganzen Stadt keine Schmierereien. Was ist daran so schwierig, die eigenen Leute im Griff zu haben? Ein altes Sprichwort sagt: «Der Fisch beginnt am Kopf zu stinken». Man soll mit Herrn Canepa Fraktur reden und schauen, dass die Sprayereien und Verschandlungen aufhören.*

Përparim Avdili (FDP): *Wir lehnen den Antrag aus zwei Gründen ab. Einerseits gibt es einen Vertrag zwischen dem Stadtrat und den zwei für die Fanarbeit zuständigen Vereinen. Dieser besagt, dass die Beiträge für das nächste Jahr ausbezahlt werden müssen. Eine Streichung wäre finanzrechtlich nicht durchsetzbar. Andererseits kann man politische Druckmittel einsetzen; auch Herr Canepa und der FCZ müssen sich bewegen. Sprayereien und Kleber auf öffentlichem und privatem Grund sind nichts anderes als Sachbeschädigungen. Auch wenn mir persönlich das Logo gefällt, hat es nichts an einem Platz verloren, der nicht Eigentum der Person ist oder der von ihr nicht legitimiert wurde. Der Verein muss hinter die Bücher und es ist wichtig, dass diese Botschaft ausgesendet wird. Wir haben ein Mitglied des Gemeinderats mit direktem Draht zu Herrn Canepa. Ob das zusammen mit den intensivierten Sicherheitsvorkehrungen reicht, wird sich zeigen. Die Streichung des Beitrags zum jetzigen Zeitpunkt ist der falsche Weg.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Der Vertrag kann in der Tat nicht von heute auf Morgen gekündigt werden. Man muss sich eine Grundsatzfrage stellen: Es heisst Fan-Beitrag. Wovon will man Fan sein? Wenn man die Fussballclubs anschaut, dann spielt heute eine Kapitalgesellschaft gegen eine andere Kapitalgesellschaft. Man ist also Fan einer Kapitalgesellschaft und nicht einer Mannschaft, die aus der eigenen Stadt kommt. Der Begriff ist also verfehlt. Man muss sich nicht wundern, wenn es zu einem Minimalismus kommt, wie man das bei der Schweizer Nationalmannschaft sah. Es bräuchte ein grundsätzliches Umdenken. Wenn ein Club nur noch ein chinesisches Business-Modell ist, dann führt das nicht weiter. Man müsste mit Herz für den Fussball sein. Dann hätte man andere Fans, nicht nur die, die ohne Rückgrat und Grund randalieren.

Samuel Balsiger (SVP): Ich habe mehrmals mit den Verantwortlichen und Mitarbeitenden der Verkehrsbetriebe (VBZ) gesprochen. Was bei den Fussballspielen und Ausschreitungen geschieht, ist schockierend. Es werden Morddrohungen gegenüber Mitarbeitern der VBZ ausgestossen, man besteigt das Dach und versucht, das Tram abzukoppeln. Wenn dabei ein Fan stirbt, wäre wohl auch der Tramchauffeur haftbar. Es gibt eine extreme Stressbelastung für die VBZ-Mitarbeiter. Ich hatte einem längeren internen Gespräch zugehört und es ist während den Ausschreitungen wie während eines Kriegszustands. Das hat keine direkte Verbindung zu unserem Kürzungsantrag, aber hier muss gesagt werden, was in dieser Stadt mit der Fangewalt geschieht, die man nicht in den Griff bekommt und bei der die Gelder in der Vergangenheit nicht geholfen haben. Darum können die Gelder gestrichen werden. Es braucht härtere Massnahmen wie beispielsweise Geisterspiele, den Ausschluss der Hooligans und so weiter. Man muss vor allem die Fussballclubs in die Verantwortung nehmen, die wegschauen und nichts tun. Das liegt auch an der Stadt, die sehr viel Macht über die Clubs hat und die Clubs dazu verdonnern könnte, dass sie endlich aufräumen. Dass Ordnung geschaffen wird, kann nur von den Clubs kommen. In Altstetten werden Verbindungen gekappt, weil es nicht mehr zumutbar ist, das Personal dorthin zu schicken, weil es damit rechnen muss, dass Fans unter die Räder kommen, wofür sie dann strafrechtlich haftbar wären. Die Fangewalt ist nicht mehr normal und der Stadtrat muss endlich handeln.

S. 423	55 5500 3636 00 186	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an Verein Fansozialarbeit FCZ	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
088.	Antrag Stadtrat				50 000 Mehrheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
			50 000		0 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat
		Begründung:	Erst wieder auszahlen, wenn die Fans alle Schmierereien und Kleber in der Stadt entfernt haben			

Ausstand: Luca Maggi (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 108 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 089.

Kommissionsreferat:

Barbara Wiesmann (SP): Per 1. Januar 2022 verankerten wir das neue Instrument des Jugendvorstosses in der Gemeindeordnung. Jugendliche zwischen 12–18 Jahren haben die Möglichkeit, einen Vorstoss zusammen mit mindestens 59 anderen beim Gemeinderat einzureichen. Um die Jugendlichen beim Einbringen ihrer Anliegen zu unterstützen, wurde die Jugendkonferenz initiiert. Die erste Jugendkonferenz fand am 24. November 2023 im Gemeinschaftszentrum Heuried statt; ihr alle wart eingeladen. Mit der Unterstützung der anwesenden Gemeinderät*innen sind erste Vorstösse entstanden. Wir sind der Meinung, dass das Rathaus, aktuell die Bullingerkirche, der ideale Ort für diesen Anlass ist. So können die Jugendlichen erste politische Erfahrungen direkt an dem Ort sammeln, wo ihre Vorstösse behandelt werden und erhalten einen besseren Einblick in die politische Arbeit. Dafür müssen wir das Budget um 18 000 Franken erhöhen.

S. 424	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5500	Sozialdepartement Departementssekretariat				
	3636 00 266	Beiträge an Kinder- und Jugendpartizipation				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
089.	Antrag Stadtrat			150 000		
			18 000	168 000	Zustimmung	Barbara Wiesmann (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP)
					Enthaltung	Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Die Jugendkonferenz soll künftig im Rathaus (Bullingerkirche) stattfinden.			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 090.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Përparim Avdili (FDP): Der Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK), den der RPK-Präsident zu Beginn der Debatte vorgelesen hat, ging unter Punkt 2.5.1 auf die Rückerstattung der Versorgerstaxen ein: Die RPK wurde am 17. November 2023 darüber informiert, dass es eine Rückerstattung von zu viel bezahlten Versorgertaxen durch

den Kanton Zürich geben wird. Es gibt einen Beschluss, der klar festhält, dass die Versorgertaxen spätestens im ersten Quartal 2024 zurückbezahlt werden. Die RPK fragte nach, wie hoch die Beträge konkret ausfallen werden und wie das verbucht wird. Gemäss Antwort erfolge die Rückerstattung grossmehrheitlich auf diesem Konto. Die Mehrheit der RPK stellte darauf diesen Antrag. Neu betrifft es nicht das Departementssekretariat, sondern die Institution Nr. 5550 der Sozialen Dienste. Man kann darüber streiten, ob der Stadtrat dies früher berücksichtigen hätte können. Für mich ist unverständlich, dass eine Minderheit nach wie vor der Meinung ist, dass man das buchhalterisch nicht nachvollziehen soll, während klar ist, dass die Verbuchung im Jahr 2024 erfolgen wird.

Felix Moser (Grüne): Die Minderheit ist der Meinung, dass die Versorgertaxen nicht ins Budget aufgenommen werden müssen. Zu diesem Schluss kommt man, wenn man die kantonalen Unterlagen, das Rundschreiben des Gemeindeamts sowie die Zuschriften des Stadtrats an die RPK studiert. Der Fall ist eigentlich klar. Das Gemeindeamt schreibt, dass die Rückforderung eine bilanzierungspflichtige Forderung ist. Sie entsteht zum Zeitpunkt der Rechnungsstellung und muss dann bilanziert werden. Die Minderheit hält sich an das Gemeindeamt und findet, dass das so umgesetzt werden muss. Vor allem die FDP will ich an die Episode vor einigen Jahren um die Neubewertung von Abschreibungen beim Triemli erinnern. Die FDP vertraute damals dem Gemeindeamt. Die Mehrheit traute dem Gemeindeamt nicht und nahm die Abschreibungen vor. Die FDP ging vor Gericht und erhielt teilweise Recht: Die Rechnungen mussten korrigiert werden. Jetzt haben wir einen ähnlichen Fall. Das Gemeindeamt sagt, wie das bilanziert werden und wie man mit der Forderung umgehen muss. Grüne, AL und Stadtrat wollen das so machen, während die FDP in diesem Fall das Vertrauen ins Gemeindeamt verloren hat. Es wäre spannend, den Fall weiterzuziehen und zu schauen, was das Gericht meint, das beim letzten Mal zugunsten des Gemeindeamts entschieden hatte. Zum zweiten Punkt hast du nichts gesagt. Der Stadtrat schreibt, dass es rund 250 Millionen Franken seien. Es müssten also 250 Millionen Franken eingestellt werden; es ist nicht klar, warum 200 Millionen Franken und nicht der korrekte Betrag verwendet wird. Im Schreiben des Gemeindeamts ist klar festgehalten, dass der Transferauftrag auf dem Konto verbucht werden muss und nicht, dass ein Teil des Betrags auf einem anderen Konto verbucht werden kann. Die Minderheit fordert die korrekte Variante. Klar ist, dass das keine Auswirkung haben wird, weil das Geld kommen wird. Wenn man euch folgt, haben wir ein positives Budget, wenn man der Minderheit folgt, haben wir ein korrektes Budget.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Florian Blättler (SP): Die SP ist der Meinung, dass das Budget die Realität so gut wie möglich abbilden sollte. Wir wechseln deshalb aus der Enthaltung in die Mehrheit.

Michael Schmid (FDP): Felix Moser (Grüne) erzählte ein totales Durcheinander. Weder die damalige noch die jetzige Diskussion hat mit dem Gemeindeamt zu tun. Damals ging es um Abschreibungen, die nach unserer Auffassung haushalts- und finanzrechtlich nicht zulässig waren. Hier geht es um eine Budgetierung von Geld, das unbestritten in die Stadtkasse kommen wird und selbstverständlich in das Budget einzustellen ist.

Sven Sobernheim (GLP): Die Minderheit fragte, warum es 200 und nicht 250 Millionen Franken sind. Der Stadtrat sagte «rund 250 Millionen Franken» und «grossmehrheitlich auf diesem Konto». Damit wir uns nicht auf die Äste wagen, sind wir grosszügig auf 200 Millionen Franken runter. Damit sind wir näher bei der Realität.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Der Stadtrat kann mit diesem Antrag leben. So selbstgerecht, wie das Michael Schmid (FDP) darstellte, ist es aber nicht. Das Gemeindeamt hielt klar fest, dass der Betrag erst einzustellen sei, wenn er zu verrechnen ist. Das haben wir so gemacht. Man kann es anders machen, aber so zu tun, als wäre ein anderer Weg jenseits von Gut und Böse, wird der Realität nicht gerecht.*

S. 426	55 5550 4631 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Dienste Beiträge von Kantonen und Konkordaten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
090.	Antrag Stadtrat				-41 934 000 -2 070 000 N	Minderheit
			200 000 000		-244 004 000	Mehrheit
						Enthaltung
						Vizepräsidium Felix Moser (Grüne) Referat, Tanja Maag Sturzenegger (AL)
						Pärparim Avdili (FDP) Referat, Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
						Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
						Begründung: Rückerstattung zu viel bezahlter Versorgungstaxen durch den Kanton

Pärparim Avdili (FDP) stellt den Antrag der Mehrheit neu auf der Institution-Nr. 5550, Soziale Dienste.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 26 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 091.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tanja Maag Sturzenegger (AL): *Es ist begrüssenswert, dass die Stadt eine Stiftung gründen will, die insbesondere Personen ausserhalb der Sozialhilfe bei der Erbringung der Mietkaution unterstützen kann. Unsere Begründung impliziert, dass Personen, die eine Mietkautionsbürgschaft eingehen, durch die neu gegründete Stiftung direkt monetär entlastet werden. Die Stiftung würde also die Mietkaution übernehmen. Dem ist nicht so. Eine Mietkautionsbürgschaft ist eine Mietsicherheit, die die Mieterin beim Vermieter hinterlegt. Dabei muss die Mieterin nicht die gesamte Kautionssumme in bar bezahlen, sondern eine Bürgschaft einer dritten Vertragspartei abgeben, die im Schadenfall haften würde. Würde in jedem Fall ein Rückforderungsverzicht und ein Anzapfen des Haftungssubstrats eintreten, wofür ein Solidaritätsfonds der Stiftung nötig wäre, wäre unsere Begründung hinreichend, um alle Forderungen zu begleichen. Das ist kein realistisches Szenario, da der Solidaritätsfonds der Stiftung auch durch einmalige Einlagen der entsprechenden Mieterinnen bedient wird. Ein gut dotiertes Stiftungsstartkapital kann den Solidaritätsfonds längerfristig speisen, wenn dies nötig wird. In der Aufbauphase werden zudem die Mittel zur Verfügung stehen, allfällige Defizite aus der Geschäftsführung zu decken, was in einer Anfangsphase geschehen kann. Unser Antrag für eine Verdoppelung der Mittel ist auf jeden Fall wirksam. Er wirkt aber nur indirekt im Sinne unserer Begründung. Es ist ein Geschäft, das im Jahr 2024 dem Gemeinderat unterbreitet wird.*

Pärparim Avdili (FDP): Zum Schluss löste Tanja Maag Sturzenegger (AL) das Ganze auf und nannte den Grund, warum der Antrag zurückgezogen werden müsste. Die Weisung wird im Jahr 2024 dem Gemeinderat unterbreitet. Dann kann die Debatte darüber, ob das Geld ausreichen wird oder nicht, gerne geführt werden. Es ergibt wenig Sinn, jetzt einen Antrag zu stellen, wenn der Kredit in einer Weisung folgt. Dass mit der Erhöhung des Kredits zusätzliche Bürgschaften oder Mietkautionen ermöglicht werden, ist nicht der Fall, weil es Bürgschaften und Sicherheiten sind. Es korreliert nicht mit der Anzahl mietender Personen, denen wir helfen könnten, wenn der Betrag verdoppelt wird.

Weitere Wortmeldung:

Felix Moser (Grüne): Wir begrüßen es, dass der Stadtrat eine solche Stiftung gründen will und sind auf die Weisung gespannt. Es ist unklar, wie das Geschäftsmodell aussehen wird. Wir wissen, dass es Bürgschaften sind, dass das Kapital also nicht entsprechend der Begründung gebraucht wird. Weil das Modell noch unklar ist, wollen wir das mit der Weisung beschliessen und halten es nicht für notwendig, jetzt Geld zu sprechen.

S. 427	55 5500 500017 5520 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beteiligung an Stiftung Mietkautionsbürgschaften Beteiligungen an Gemeinden und Zweckverbänden	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
091.	Antrag Stadtrat			2 000 000	Mehrheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
				2 000 000	4 000 000 Minderheit	Tanja Maag Sturzenegger (AL) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:	Mietkautionsbürgschaft birgt das Potenzial, die Chancen von Geringverdienenden bei der Suche nach Wohnraum zu verbessern. Ausgehend von einem Mietzins für eine sehr günstige 3-Zimmer-Wohnung von rund Fr. 1800 / Monat -> Mietkaution max. Fr. 5400, könnten mit dem Betrag von 2 Millionen Franken weniger als 400 Personen unterstützt werden. Die Stadt Zürich soll ihren Beitrag verdoppeln.			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 092.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Barbara Wiesmann (SP): Die Grünen haben den Antrag der Minderheit 2 zurückgezogen, weil wir uns einigen konnten. Ich will den Antrag darum so anpassen, dass mit der Erhöhung noch eine Stelle im «Karl der Grosse» und eine Stelle bei den sozialen Diens-

ten (SOD) geschaffen werden sollen. Uns ist wichtig, dass wir in den Bereichen Inklusion, Diversität und Barrierefreiheit vorwärtskommen. «Karl der Grosse» konnte dank einer Projektleiter*innenstelle ein grosses Know-how in diesem Bereich aufbauen. Diese Stelle ist bis Mai 2024 befristet, es wurde kein Geld für eine Verlängerung eingestellt. Uns ist wichtig, dass dieses Wissen nicht verloren geht und die Arbeit weitergeführt werden kann. Dass Menschen mit Mobilitäts- und anderen Einschränkungen am Event- und Kulturprogramm teilnehmen können, muss unbedingt gefördert werden. Zusätzlich fordern wir eine Stelle bei den SOD, um die Inklusion und Diversität zu fördern. Diese Stelle soll dort geschaffen werden, wo bezüglich Inklusion, Diversität und Barrierefreiheit am meisten erreicht werden kann. Es gibt noch viel zu tun, bis die Behindertenrechtskonvention der UNO umgesetzt ist.

Përparim Avdili (FDP): Es standen verschiedene Anträge im Raum, bis man sich auf einen geeinigt hat, der meines Erachtens noch weniger Sinn ergibt als die vorherigen. Ich bin gespannt, wie STR Raphael Golta diese Stelle im SOD spezifisch einsetzen will. Im «Karl der Grosse» werden sie sicher eine gute Idee haben; ob das Sinn ergibt, ist die andere Frage. Hier geht es letztlich darum, dass das Angebot nach der Schliessung des Kosmos aufrechterhalten wird. Nach der Schliessung aufgrund von Misswirtschaft soll nun der Steuerzahler das Angebot sicherstellen. Gleichzeitig hiess es klar, dass durch «Karl der Grosse» kein Antrag erfolgte. Die SP weiss wieder mehr als die Verwaltung.

Anna-Béatrice Schmalz (Grüne): Das «Karl der Grosse» ist ein wichtiger Teil des kulturellen Angebots in Zürich. Sie leisten sehr gute Arbeit. Damit diese Angebote zugänglicher und inklusiver für alle Menschen in der Stadt werden, soll eine Stelle für Barrierefreiheit und Inklusion geschaffen werden. Das finden wir sehr sinnvoll. Wir sehen aber auch, dass es generell mehr Zugänglichkeit und Barrierefreiheit braucht und fordern darum eine Stelle, die diese Aufgabe gesamtstädtisch koordiniert. Barrierefreiheit, Zugänglichkeit und Inklusion sind generell sehr wichtig. Die Stadt soll hier vorwärtsmachen.

Weitere Wortmeldung:

Samuel Balsiger (SVP): Sie sagen, dass Inklusion wichtig ist. Seltsamerweise gibt es im «Karl der Grosse» nur Programme mit linken Inhalten. Wenn Sie Inklusion als wichtig erachten, dann fördern Sie einen Inhalt, der auch die SVP anspricht.

S. 441	55 5550 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT				Stimmen
		Soziale Dienste				
		Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		
092.	Antrag Stadtrat			81 847 000	Mehrheit	Përparim Avdili (FDP) Referat, Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
			200 000	82 047 000	Minderheit 1	Barbara Wiesmann (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Tiba Ponnuthurai (SP)
			200 100	82 047 100	Minderheit 2	Vizepräsidium Felix Moser (Grüne) Referat, Tanja Maag Sturzenegger (AL)

Begründung: Minderheit 1: Zwei zusätzliche Stellen zur Förderung der Barrierefreiheit, Diversität und Inklusion am Kultur- und Eventprogramm im «Karl der Grosse», zum Ausbau des Streaming- und Podcast-Angebots und aufgrund der zusätzlichen Nachfrage durch die Schliessung des Kosmos
Minderheit 2: Zwei zusätzliche Stellen, um die Zugänglichkeit von Angeboten für Menschen mit Behinderungen zu verbessern, z. B. im «Karl der Grosse»

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) zieht den Antrag der Minderheit 2 zurück.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 1:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 1 mit 63 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 093.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): *Beim Sozialinspektorat braucht es genügend Ressourcen, um Sozialhilfebeziehende adäquat zu begleiten. Die Sozialarbeitenden brauchen diese Ressourcen. Studien zeigen, dass Sozialhilfebeziehende zum Beispiel schneller wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können, wenn sie adäquat und individuell begleitet werden und die Sozialarbeitenden genügend Zeit und Ressourcen dafür haben. Das entlastet ausserdem die Sozialhilfe. Armutsbetroffene werden fair behandelt und sollen auf Augenhöhe Teil dieser Gesellschaft sein können. Wir fordern darum zusätzliche Ressourcen bei den Sozialarbeitenden in den Sozialzentren, damit die Sozialhilfebeziehenden die Betreuung erhalten, die sie brauchen. Wir beantragten die Erhöhung entsprechend einer Kürzung beim Sozialinspektorat. Für uns gehören diese Forderungen zusammen: Weniger, am liebsten keine, Menschen im Sozialinspektorat, dafür mehr Ressourcen bei den Sozialarbeitenden.*

Përparim Avdili (FDP): *Einen Teil der Debatte hörten wir bereits. Die Stellen der Sozialarbeiter und des Sozialinspektorats. Wir hörten ein schönes Votum von Karin Stepinski (Die Mitte) mit einer neuen Sichtweise auf die Arbeit in den Sozialen Diensten. Der Antrag ist zwar nicht formell verbunden, steht aber dem Antrag des Sozialinspektorats gegenüber. Das Sozialinspektorat steht noch, der Antrag der Grünen wurde nicht angenommen. Ich erwarte jetzt insbesondere von der SP, dass der Antrag abgelehnt oder auf eine Erhöhung um 41 000 Franken abgeändert wird.*

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Es ist schade, dass Sie immer noch für die richtige Fallzahl würfeln. Eine Studie, die das perfekte Kosten-Nutzen-Verhältnis aufzeigt, würden wir unterstützen; das Würfeln für Ressourcen überlassen wir Ihnen.*

Barbara Wiesmann (SP): *Wir wechseln von der Enthaltung in die Minderheit. Wir unterstützen einen Ausbau der Sozialarbeitenden in den Sozialzentren. Unabhängig davon, ob die Stellen bei den Sozialinspektoren gestrichen wurden oder nicht.*

S. 441	55 5550 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Dienste Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
093.	Antrag Stadtrat				81 847 000	Mehrheit
						Pärparim Avdili (FDP) Referat, Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
				664 600	82 511 600	Minderheit
						Vizepräsidium Felix Moser (Grüne) Referat, Tanja Maag Sturzenegger (AL)
						Enthaltung
						Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:	Zusätzliche Ressourcen bei den Sozialarbeitenden in den Sozialzentren (entsprechend der beantragten Kürzung beim Sozialinspektorat)			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 094.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Tanja Maag Sturzenegger (AL): Mit unserem Begleitpostulat vor einem Jahr forderten wir unter anderem die Abgabe von Räumen zur Zwischennutzung mit Gebrauchsleihverträgen. Kurz zuvor verabschiedete der Stadtrat die strategischen Grundsätze für die Überlassung und Bewirtschaftung von Zwischennutzungen. Damit kündete er die Umstellung von Gebrauchsleihverträgen auf Gewerbemietverträge an. Um Raum für klassische Zwischennutzungen von Liegenschaften offen zu halten und sie von kommerziellen befristeten Nutzungen abzugrenzen, ist die Abgabe von Räumen unter der Gebrauchsleihe ein wichtiger Aspekt. Aktuell liegt noch keine Vorlage für eine Umsetzung auf dem Tisch. Es gibt diverse kommerzielle Zwischennutzungen. Wir haben grundsätzlich nichts dagegen, wenn die Stadt Räume für Zwischennutzungen abgibt und sie aus einzelnen Geschäftsbereichen einen Gewinn erzielt, um das Projekt zu finanzieren. Das geht jedoch auch mit Gebrauchsleihverträgen für ganze Objekte. Wir fordern die Stadt auf, ihr Bedürfnis nach Kontrolle zu überwinden und beantragen mit einer Verschlechterung um 400 000 Franken, die Umstellung zu realisieren.

Pärparim Avdili (FDP): Auch hier erwähnte Tanja Maag Sturzenegger (AL), dass die Ausarbeitung der Verträge noch vom Stadtrat kommen wird. Es macht Sinn, wenn wir auf den Vorschlag des Stadtrats warten und der Gemeinderat nicht vorgreift.

Weitere Wortmeldung:

Felix Moser (Grüne): Wir waren in der Enthaltung und wechseln in die Mehrheit.

S. 444	55 5550 4480 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Dienste Mietzinse von gemieteten Liegenschaften				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
094.	Antrag Stadtrat				-1 608 000	Minderheit
				400 000	-1 208 000	Mehrheit
						Enthaltung
		Begründung:	Umstellung auf Gebrauchsleihverträge, Verzicht auf kommerzielle Vermietungen und Gewerbemietverträge			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 78, Beschluss-Nr. 2626/2023).

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 20. Dezember 2023, 14.00 Uhr